

# Landwirte kritisieren Flächenfraß

## Kreisbauernverband Biberach fordert mehr Schutz von Agrarflächen

Von Daniel Häftele

BIBERACH - Vor dem Hintergrund des geplanten interkommunalen Gewerbegebiets „JGI Riskal“ und der Ausweisung neuer Baugebiete im Landkreis hat der Bauernverband Biberach-Sigmaringen in einem Pressegespräch am Freitag vor einem „fortlaufenden Flächenfraß“ gewarnt. „Dieses Thema haben wir schon länger auf der Tagesordnung. In der Zwischenzeit hat der Flächenfraß jedoch ein Tempo erreicht, der einem Angst machen kann“, sagte der Vorsitzende Gerhard Glaser.

Nicht selten wird Biberach als Wachstumsregion bezeichnet. Weitere Arbeitsplätze und neue Wohnungen entstehen – in der logischen Konsequenz braucht es dafür Grundstücke, auch solche, die vorher als Agrarfläche dienten. „Die Siedlungs-, Industrie- und Verkehrsfläche ist die am dynamischsten wachsende Nutzungsart“, so Glaser. Zudem finde die Energiewende auf vorliegenden Agrarflächen statt, beispielsweise in Gestalt von Photovoltaik-Parks.

Der Kreisgeschäftsführer Niklas Kreeb führte in diesem Zusammenhang Zahlen des statistischen Landesamts Baden-Württemberg ins Feld. So habe von 1979 bis 2016 die landwirtschaftlich genutzte Fläche im Kreis um drei Prozent abgenommen, berichtete er im Gespräch. Wenn man jedoch die Zahlen auf der Homepage des statistischen Landesamts heranzieht, ergibt sich im Zeitraum von 1979 bis 2016 ein Minus bei den landwirtschaftlichen Flächen von rund elf Prozent. Damit würde der Landkreis Biberach dann auch über dem Landesschnitt liegen. In der Stadt Biberach ging der Anteil im selben Zeitraum um 21 Prozent zurück, so Kreeb. „In den Ballungsräumen wird der Schwund an landwirtschaftlich genutzten Flächen deutlicher“, erläuterte Kreeb. Es müsse ein Umdenken stattfinden. Konkret



Sie warnen vor großem Flächenverbrauch im Landkreis: Gerhard Glaser (von links), Heinz Scheffold, Niklas Kreeb und Hubert Hopp.

richteten sich die Forderungen des Kreisbauernverbands an die Gesetzgeber, also Bundes- und Landespolitiker.

### Erhaltungsgebot gefordert

„Wir verlangen dringend ein gesetzlich verankertes Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Flächen“, sagte Glaser. Dieses Gebot sollte gleich hoch sein wie jenes für Wald- oder Naturschutzgebiete. Aussagen, wie die Landwirtschaft sei eine Bedrohung für den Artenschutz, ärgern Glaser: „Trotz aller Konzentration wegen des Flächenfraßes ist die Landwirtschaft immer noch am ehesten Heimat für zahlreiche Tiere und Pflanzen.“ Auf zubetonierten Flächen könnten Insekten, Vögel und die meisten Pflanzen nicht überleben.

Angesprochen darauf, ob das Pressegespräch als Positionierung gegen das „JGI“ zu werten sei, reagierten die Beteiligten ausweichend. „Wir dürfen nicht den Fehler ma-

chen, Handlmann gegen die Bauern auszuspielen“, sagte Kreeb. Vielmehr ginge es darum, die Politiker zu sensibilisieren. Wie Glaser sagte, gehöre der Kreis Biberach zu den eher seltenen Gegenden, in der sowohl Industrie als auch Landwirtschaft richtig stark seien: „Natürlich profitieren wir alle von der wirtschaftlichen Blüte. Aber wenn es so extrem kommt, drohen die wirtschaftenden Bauern unter die Räder zu kommen.“ Der Stellvertretende Kreisobmann Heinz Scheffold mahnte hierbei zu mehr Maß, anstatt zu Aktionismus: „Wir brauchen natürlich für ein Wachstum neue Bau- und Industriegebiete sowie Straßen.“

### Maßvolle Erweiterungen

Allerdings müsse dies maßvoll geschehen. Derzeit seien die „Wachstumsschritte überhitzt“, Glaser erinnerte dabei an die einseitigen Plannungen zum Industriegebiet zwischen Schemmerhofen und Äpfingen:

„Auch damals wurden die Planungen mit Hochdruck vorangetrieben.“ Doch dann sei die Finanzkrise gekommen – und die Pläne vom Tisch gewesen. „Es gibt viele Unwägbarkeiten, die zu berücksichtigen sind“, so der Vorsitzende.

Als Lösung für die gegenseitigen Interessen von Industrie und Landwirtschaft, brachten die Beteiligten die Forderung nach einem verteilten Bauen ins Spiel. „Es muss alles getan werden, um den Flächenentzug auf das kleinste Minimum zu reduzieren“, so Glaser. Scheffold nannte hierbei als Beispiel Parkhäuser für die Fahrzeuge der Mitarbeiter zu bauen, anstelle großer Parkplätze. Zudem könnte man neue Industrieflächen auch auf dem Areal ausgebauter Kiesgruben errichten. Laut Kreeb muss auch bei neuen Wohngebieten zuerst geprüft werden, ob denn nicht auch innerorts durch den Abbruch von unbewohnten Häusern Bauplätze entstehen könnten.